

Grossrats- und Regierungsratswahlen 1980: Schichtwechsel in der Opposition

Autor(en): Rolf Schenk
Quelle: Basler Stadtbuch
Jahr: 1980

<https://www.baslerstadtbuch.ch/.permalink/stadtbuch/c9c063d3-3428-4bf5-8bc0-a68d37061e7e>

Nutzungsbedingungen

Die Online-Plattform www.baslerstadtbuch.ch ist ein Angebot der Christoph Merian Stiftung. Die auf dieser Plattform veröffentlichten Dokumente stehen für nichtkommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung gratis zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des vorherigen schriftlichen Einverständnisses der Christoph Merian Stiftung.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Online-Plattform [baslerstadtbuch.ch](http://www.baslerstadtbuch.ch) ist ein Service public der Christoph Merian Stiftung.

<http://www.cms-basel.ch>

<https://www.baslerstadtbuch.ch>

GROSSRATS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN 1980: SCHICHTWECHSEL IN DER OPPOSITION

Vier Faktoren haben den Ausgang der Grossrats- und Regierungsratswahlen 1980 entscheidend geprägt: der sich bereits bei den Nationalratswahlen abzeichnende Vormarsch der Progressiven Organisationen Basel, der Zerfall des Landesrings und der Nationalen Aktion, der Führungswechsel im bürgerlichen Lager, wo die Freisinnigen ihre Vormachtstellung aus der Zeit vor 1968 zurückgewonnen haben, und der vergebliche Versuch der Sozialdemokraten, den Streit in den eigenen Reihen zu bewältigen und das 1976 verlorene dritte Regierungsmandat zurückzuerobieren.

Drei Monate nach den eidgenössischen Wahlen, die den Progressiven erstmals ein Nationalratsmandat auf Kosten des Landesrings brachten, hatten die Stimmberechtigten vom 18. bis zum 20. Januar Parlament und Regierung für die 34. Legislaturperiode seit der Verfassung von 1875 zu wählen. Erwartet wurde ein weiterer Vormarsch der drei Linksparteien, die Ende Oktober zusammen einen Stimmenanteil von 48,3 Prozent erreicht hatten, obwohl die Sozialdemokraten schon damals von einer schweren internen Krise geschüttelt worden waren und ausser ihren Anhängern

niemand daran glauben wollte, dass sie den 1975 erreichten Wähleranteil von einem Drittel aller Stimmenden halten könnten. Im bürgerlichen Lager zeichnete sich ein Wechsel in der Vormachtstellung ab: Die Freisinnigen gewannen kräftig dazu und überflügelten sowohl die Liberalen als auch die Christdemokraten, letztere allerdings nur knapp. Vorauszusehen war auch die Niederlage der Nationalen Aktion, während jene des Landesrings zwar zu erahnen, aber in ihrem Ausmass schwer einzuschätzen war, weil der mit Donnerrollen erfolgte Rücktritt von Nationalrat Dr. Walter Allgöwer zugleich den Verlust einer Persönlichkeit bedeutete, die mehr als die Hälfte aller Parteistimmen zu rekrutieren vermochte. Ungewiss blieb auch die Auswirkung der seit 1968 geltenden Amtszeitbeschränkung, die über einen Drittel der bisherigen Grossrätinnen und -räte zum Rücktritt zwang.

Die Ausgangslage

Im 1976 gewählten Grossen Rat stellten die Sozialdemokraten und Gewerkschafter (SP) mit 39 Parlamentarierinnen und Parlama-

riern die weitaus stärkste Fraktion im 130köpfigen Parlament. Die Liberal-demokratische Bürgerpartei (LDP) mit 19, die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) mit 18 und die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) mit 16 Sitzen sicherten den Regierungsparteien eine beträchtliche Mehrheit. Bei den «Oppositionsparteien» führte die Nationale Aktion (NA) mit 9 Sitzen vor dem Landesring (LdU) und der Partei der Arbeit (PdA) mit je 8, den Progressiven Organisationen (POB) mit 7 und der Vereinigung evangelischer Wähler (VEW) mit 6 Sitzen. Im Laufe der Legislaturperiode gaben zwei Mitglieder der NA- und eines der SP-Fraktion den Austritt aus Fraktion und Partei, behielten jedoch ihr Parlamentsmandat.

Um den Einzug in den Grossen Rat bewarben sich schliesslich 975 Kandidaten auf 14 Listen, wobei sowohl die «Grüne Aktion Zukunft Schweiz» als auch die «Internationale Atheisten-Partei» des schrulligen Einzelgängers William Burkhard nur im Wahlkreis Grossbasel-West auftauchten. In allen vier Wahlkreisen – Grossbasel-Ost und -West,

Kleinbasel und Riehen – waren lediglich CVP, FDP, POB und SP mit jeweils vollen Listen vertreten, während die LDP im Kleinbasel und die PdA im Osten nur eine halbe Liste auflegten. LdU und NA traten in allen Wahlkreisen mit kumulierten Listen an; die Revolutionäre Marxistische Liga und die Schweizerische Kommunistische Organisation beschränkten sich auf die städtischen Wahlkreise, wo sie sich nur mit jeweils wenigen Kandidaten erfolglos um den Einzug in den Grossen Rat bewarben.

Keine grossen Themen

Der kurz vor Weihnachten einsetzende Wahlkampf blieb äusserst flau: Fast alle Parteien versuchten es mit langatmigen programmatischen Erklärungen in Wahlzeitungen und Prospekten, die jedoch wenig Resonanz erzeugten. Der Kontakt zu den Wählerinnen und Wählern wurde mit Strassenaktionen gesucht, an denen sich praktisch alle Parteien mit mehr oder weniger originellen Kampagnen beteiligten. Kantonalpolitisch «heisse Eisen» wie etwa die Nordtangente der Auto-

Stimmen-Anteile und Mandate der Parteien bei den letzten Grossratswahlen								
	1980		1976		1972		1968	
	Anteil in %	Mandate						
FDP	15,3	22	12,7	18	10,9	14	13,7	20
PdA	4,5	6	5,3	8	6,4	9	5,8	8
LDP	13,9	18	14,8	19	14,4	20	14,9	20
VEW	7,0	7	5,9	6	5,8	6	5,7	5
SP	26,8	37	28,6	39	25,5	36	26,3	36
LdU	5,3	5	6,7	8	9,0	12	14,3	19
CVP	13,2	18	12,6	16	13,1	17	14,6	20
POB	9,1	13	5,5	7	3,6	5	–	1
NA	3,8	4	6,8	9	8,0	10	–	2

bahn, das Alters- und Spitalleitbild, die Zukunft der ÖKK oder die Schulreform wurden von der Regierung, aber auch vom Parlament abgeblockt, das beispielsweise die Debatte über das Altersleitbild kurzerhand von der Tagesordnung absetzte. Die Wähler reagierten auf diese Flaute mit einer schwachen Stimmbeteiligung: Lediglich etwas über 39 Prozent der Stimmberechtigten gingen zur Urne, um Parlament und Regierung der nächsten vier Jahre zu bestimmen.

Ihre Stimmabgabe brachte zwar beträchtliche Mandatsverschiebungen, aber aus der – je nach Standort – erhofften oder befürchteten «roten Mehrheit» wurde nichts: Zwar gewannen die POB sechs Mandate und konnten sich als grosse Sieger feiern lassen, doch ihren Vormarsch mussten SP und PdA mit je zwei Sitzverlusten büssen. Im bürgerlichen Lager erreichte die FDP erstmals seit 1968 wieder über 20 Mandate. Der Bettinger Vertreter schloss sich – wie sein ebenfalls von der Bürgerlichen Vereinigung portierter Vorgänger – der FDP-Fraktion an. Zwei zusätzliche Sitze holte sich die CVP, und auch die VEW hatte einen Mandatsgewinn zu verzeichnen, während die LDP einen Sitz abgeben musste. Grosse Verlierer waren die NA, die fünf Mandate und damit auch ihre Fraktionsstärke einbüsste, sowie der Landesring, der drei Sitze verlor und gerade noch die zur Fraktionsbildung notwendigen fünf Mandate erreichte. Praktisch unverändert blieb der Anteil der Frauen, die zu Beginn der Legislaturperiode 21, nach dem frühen Tod eines Grossrates im Sommer 1980 nun 22 Parlamentarierinnen stellen.

Spannende Regierungsratswahlen

Bei den Regierungsratswahlen galt das Interesse der Öffentlichkeit einerseits dem Wahlvorschlag der Liberalen, die für den auf eine Wiederwahl verzichtenden Finanzdirektor

Dr. Lukas Burckhardt einen Nachfolger zu bestimmen hatten, andererseits auch den Wahlvorschlägen der Sozialdemokraten, die nicht nur das 1976 an den inzwischen aus ihren Reihen ausgeschlossenen Dr. Hansruedi Schmid verlorene dritte Regierungsmandat zurückerobern wollten, sondern sich auch mit der erneuten Nomination des bisherigen Polizeidirektors Karl Schnyder schwer taten. Die Liberalen erklärten in der Folge den geschäftsführenden Direktor des Basler Volkswirtschaftsbundes und Bürgerratspräsidenten Dr. Peter Facklam zum Kandidaten. Lediglich zur Formsache gestaltete sich die Nomination der drei bisherigen bürgerlichen Regierungsräte Arnold Schneider (FDP), Dr. Kurt Jenny (FDP) und Eugen Keller (CVP); auch Schmid konnte wieder auf das bürgerliche Aktionskomitee zählen, das ihn vor vier Jahren gegen den offiziellen SP-Kandidaten Helmut Hubacher nominiert und zum Sieg geführt hatte.

Falsche Weichenstellung bei der SP

Bei den Sozialdemokraten waren schon im Sommer 1979 Flügelkämpfe um die Wiederwahl von Polizeidirektor Karl Schnyder ausgebrochen. Schnyder wurde in den eigenen Reihen stark kritisiert, weil er während seiner Amtszeit verschiedentlich die Verantwortung für Polizeieinsätze übernommen hatte, die vom Gesamtregierungsrat beschlossen worden waren. Als schliesslich die parteifremde «Mieteraktion» an einer Delegiertenversammlung der SP Schnyder zum Rücktritt aufforderte und eine kritische Resolution zu den Polizeieinsätzen verabschiedet wurde, setzte sich eine dem VPOD nahestehende Gruppe von Sozialdemokraten öffentlich zur Wehr. Diese «Loyalitätserklärung der 72» führte dazu, dass nun auch in den eigenen Reihen offen eine Abwahl Schnyders gefordert wurde. Zwar konnte der Konflikt zumindest für kurze Zeit

Regierungsratswahlen 1980

	1. Wahl- gang	2. Wahl- gang
Arnold Schneider	31 171	
Dr. Kurt Jenny	32 671	
Dr. Peter Facklam	27 075	24 751
Eugen Keller	30 918	
Dr. Edmund Wyss	29 532	
Karl Schnyder	27 238	32 034
Felix Mattmüller	20 363	16 814
Dr. Hansruedi Schmid	23 034	28 442

Im 1. Wahlgang kandidierten weiter und erhielten Stimmen: Hansjürg Weder (LdU), 13 145; Stefan Hofer (PdA), 10 240; Verena Labhardt (POB), 9173; Fritz Witschi (POB), 7647; André Froidevaux (RML), 2951; Ver-einzelte 2785.

beigelegt werden, doch an der entscheidenden Wahl-Delegiertenversammlung brach er erneut auf. Weitgehend unbestritten blieb lediglich Dr. Edmund Wyss, der Nestor des Regierungskollegiums; um die Wahl der beiden übrigen Kandidaten entbrannte ein Kampf, den Schnyder nur mit zwei Stimmen Vorsprung auf Sonderklassen-Rektor Felix Mattmüller für sich entscheiden konnte. Der Kandidat des Parteivorstandes, Parteipräsident Dr. Mathias Feldges, erreichte zwar das absolute Mehr ebenfalls, schied aber als überzählig aus. Seine Niederlage war eine Folge des Flügelkampfes zwischen den Anhängern und den Gegnern Schnyders, die mit taktischen Wahlmanövern den wohl einzigen Kandidaten ausbooteten, der in der Lage gewesen wäre, den Sozialdemokraten das dritte Mandat zurückzuerobern. Mit der Wahl des als «links» eingestuft Mattmüller, der schon 1972 erfolglos und gegen den Willen seiner Partei für die Regierung kandidiert hatte, war die Niederlage bereits programmiert: Der umstrittene Grossrat

verfügte über zuviel Angriffsflächen, um als Integrationsfigur das bereits aufgeweichte Partegefüge zusammenhalten zu können.

Bereits nach dem ersten Wahlgang, in dem nur Justizdirektor Kurt Jenny, Erziehungsdirektor Arnold Schneider, Baudirektor Eugen Keller und der Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements, Dr. Edmund Wyss, gewählt wurden, während Polizeidirektor Karl Schnyder um ganze 91 Stimmen unter dem absoluten Mehr blieb, war vorauszusehen, dass Mattmüller keine Chance hatte, Schmid oder Facklam zu verdrängen. Zwar zogen die übrigen Linksgruppierungen ihre Kandidaten – Stefan Hofer (PdA), Verena Labhardt und Fritz Witschi (POB) sowie André Froidevaux (RML) – zurück und unterstützten Mattmüller, aber diese Schützenhilfe reichte nicht aus, um einen der beiden nichtsozialdemokratischen Kandidaten zu gefährden. Zum einen meldete sich eine «Aktion bürgerliche Verantwortung», die nicht nur für die Wahl von Facklam, Schmid und Schnyder warb, sondern auch Mattmüller heftig attackierte, zum anderen entstand unter der Führung der beiden sozialdemokratischen alt Regierungsräte Max Wullschleger und Franz Hauser ein «Komitee für die soziale Demokratie», das einseitig für Schnyder eintrat, Mattmüller ignorierte und den Wählern – wenn auch unausgesprochen – die Wiederwahl Schmidts suggerierte. Am 17. Februar fiel dann die Entscheidung: Schnyder wurde mit grossem Vorsprung vor Sanitätsdirektor Schmid und dem liberalen Kandidaten Dr. Peter Facklam gewählt, während Mattmüller auf letzteren fast 8000 Stimmen einbüsste. Facklam übernahm in der Folge das Justizdepartement, während der bisherige Justizdirektor Dr. Kurt Jenny zwar höchst widerwillig, aber im Interesse einer kontinuierlichen Regierungspolitik ins Finanzdepartement wechselte.